

Was wird das Jahr 2010 bringen?

Ein Ausblick, der Einblicke gibt.

Von Andres Müller

Die Bruchstellen des Weltherrschaftssystems sind in letzter Zeit immer deutlicher hervorgetreten. Jetzt, zu Beginn des Jahres 2010, lösen sie sogar schon bei den hartnäckigsten Leugnern ein Unbehagen aus, das auch in den Kommentaren der deutschen Leitmedien Beachtung findet. Die Höllenfahrt¹, wie Hans Dietrich Sander vor 17 Jahren den Untergang bezeichnet hat, kann beginnen. Es gibt kein Zurück mehr.

Es war abzusehen, daß der Korrosionsprozeß das Herrschaftssystem gerade dort durchbrechen würde, wo es sich am stärksten wähnte: auf dem Gebiet der Wirtschaft und des zum Lebensinhalt erklärten persönlichen materiellen Wohlstandsdenkens. Das Jahr 2010 wird wieder einen großen Schritt hinein in den Abgrund bringen, aus dem es keine Umkehr mehr gibt. Es geht nicht um Deutschland, es geht um das Imperialsystem unter den Fittichen des Hegemons USA, in das die deutschen Nachkriegsparteien und Nachkriegspolitiker unser Volk eingebunden haben.

Wir können uns die Aufzählung der vielen schlimmen Krankheitssymptome ersparen, die sich über alle Lebensbereiche unseres Volkes in Wirtschaft, Bildung, Erziehung, Kultur, Wissenschaft, Technik, Sport oder Gesundheitswesen erstrecken. Ob Akademiker oder Handwerker, gleich welcher Fachrichtung, ob Angestellter, Arbeiter oder selbständiger Unternehmer – von den in Politik und Medien in Verruf geratenen „Bankern“ ganz zu schweigen – sie haben das nicht mehr, was man einmal Berufsethos nannte. Es ist heute müßig, nach den Ursachen, warum es so gekommen ist, zu fragen, wie das Caspar von Schrenck Notzing² einmal getan hat.

Kommen wir deshalb gleich auf den Kern: Das System, das unter dem Begriff westliche Wertegemeinschaft subsumiert wird, und hier wiederum auf das abgöttisch gepriesene liberalkapitalistische Wirtschaftssystem.

Der Systemfehler des heutigen Imperial- und Wirtschaftssystems

Historisch gesehen hat sich das heutige Weltwirtschaftssystem aus dem englischen Urkapitalismus entwickelt. Es trägt zu Recht den Namen Globalkapitalismus. Die Wesensmerkmale des Kapitalismus sind Gewinnstreben und Marktmechanismus. Doch in der regional begrenzten Erscheinungsform, wie ihn die Väter des Wirtschaftsliberalismus, Adam Smith und David Ricardo erlebt und für gut geheißen haben, gibt es ihn heute nicht mehr. Er ist zum Raubtier- und Globalkapitalismus mutiert und aus dem „segensreichen“ Motor des Gewinnstrebens ist eine rücksichtslose und grenzenlose Renditemaximierung geworden, die ihre verheerenden Schneisen der Vernichtung von volkswirtschaftlicher Ressourcen, von Produktivkapital und von Arbeitsplätzen über den ganzen Erdball zieht. Der natürliche Trieb des Gewinnstrebens ist im Globalkapitalismus zum Zwang entartet, immer höhere Renditen erzielen zu müssen. Jeder Unternehmensführer sieht sich zur Renditesteigerung gezwungen, um nicht von der Konkurrenz oder einem der Finanzinvestoren aufgekauft und eliminiert zu werden. Die geeigneten Mittel zur „nach oben offenen Renditesteigerung“ sind

¹ Hans Dietrich Sander, Staatsbriefe 1993.

² Caspar von Schrenk Notzing, Charakterwäsche, zuletzt erschienen im Ares Verlag, 2004.

- (1) der Export von Arbeitsplätzen,
- (2) die Gründung neuer Produktionsstätten in Billiglohnländern und
- (3) der Aufkauf von Unternehmen.

Die zunehmende Bildung von Weltmonopolen muß die zwangsläufige Folge dieser Entwicklung sein. Der Kleine wird vom Großen geschluckt, der gar nicht besser im Sinne von produktiver sein muß, er muß nur die größeren und nachhaltigeren Liquiditätspolster besitzen. Die Anzahl der Anbieter insgesamt muß weltweit sinken. Der Monopolgrad wird steigen. Die Politik in den Vasallenstaaten mit dem Titel Wertegemeinschaft heißt das gut so, obwohl die Theorie des Wirtschaftsliberalismus jegliche Einschränkungen des Wettbewerbs verbietet.

Noch viel schlimmere Folgen hat aber die Entwicklung einer Finanzindustrie, die ihre Gewinne nicht durch die Produktion von Gütern und Leistungen erzielt, sondern durch Spekulationsgeschäfte. Die auf diesem Gebiet erzielten Renditen durch die neuartigen – extra zum Zweck der Spekulation geschaffenen – „Wertpapiere“, die man unter den Oberbegriffen Zertifikate und Derivate zusammenfassen kann, betragen ein Mehrfaches von dem, was in der realen Güter- und Leistungswirtschaft erzielt werden kann. Der manische Trieb, solche Renditen zu erzielen, war es auch, der die Finanzkrise auslöste, die zur jetzigen Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts geführt hat. Das ist der große Unterschied zur ersten großen Weltwirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg, die im Wesentlichen nur durch Aktienspekulation ausgelöst worden war. In welchem Verhältnis die Renditen aus der realen Produktion zu den Renditen aus Spekulationsgeschäften stehen, kann sehr gut am Beispiel Porsche veranschaulicht werden: Kurzfristig erzielte Porsche im Spekulationsgeschäft mit VW-Aktien sogar einen größeren Gewinn als das Unternehmen an Umsatz hereinarbeiten konnte. Eine Tatsache, die in deutschen Medien mit großer Verwunderung vermerkt wurde.

Das Problem ist offensichtlich, daß die Politik – nicht nur in Deutschland, sondern ausgehend von den angloamerikanischen Wertevorgaben des Raubtierkapitalismus, in allen bedeutenden Industrieländern – dem Finanzkapital freien Lauf ließ. Die einen taten dies, weil sie den Dogmen des Liberalismus bedingungslos glaubten, die anderen, weil sie aus der Anwendung der kapitalistischen Spielregeln handfeste politische und ökonomische Machtvorteile erringen konnten. Das ist das Herrschaftsprinzip der englischen und amerikanischen Polit-Eliten! Es ist die moderne Erscheinungsform des Imperialismus, der im Gegensatz zu dem in Geschichte und Politologie gelehrt „historischen Imperialismus des 18. und 19. Jahrhunderts“ immer noch existiert und letztendlich weit größere Bedeutung erlangt hat als sein in die Geschichte eingegangener Vorläufer. Man verdeckte ihn mit der moralischen Hülle „Westliche Wertegemeinschaft“, aber es war der Zaubertrank, den man allen Trabantenstaaten verabreichte, die gerne die Rolle der US - Hilfssheriffs übernahmen.

Alle internationalen Konferenzen, die seit dem Ausbruch der neuerlichen Weltwirtschaftskrise einberufen wurden, um eine Krise dieses Ausmaßes künftig zu verhindern, **hatten eines nicht zum Ziel: Die Abschaffung der Spekulationsgeschäfte!** Die „Noch Imperialmacht“ des 20. und 21. Jahrhunderts, die USA, und auch ihr dankbarer und treuester „Spießgeselle England“ werden ihr wertvollstes und überaus leistungsfähiges Herrschaftsinstrument, das zur Quelle ihres materiellen **Reichtums ohne eigene volkswirtschaftliche Leistung wurde, nie freiwillig abgeben!**

Somit ist eines klar. Dem Globalkapitalismus wohnen Kräfte inne, die von den maßgebenden politischen Kräften aus Gründen politischer und ökonomischer Macht nicht ausgeschaltet werden. Sie sind selbstzerstörerisch! Diese Kräfte werden weiter wirken und die Risse des Weltherrschaftssystems bis zum Auseinanderbrechen vertiefen!

Das Räderwerk des Systems greift nicht mehr

Nicht nur die dem System innewohnenden Selbstzerstörungskräfte entfalten ihre Wirkung, auch die Techniken zur Lenkung und Dosierung der Wirtschafts- und Finanzströme versagen ihren Dienst. Es sind dies die Geldpolitik der Zentralbanken und die Fiskalpolitik der Regierungen.

Mit triumphierender Genugtuung berichteten die systemtragenden Medien, daß es dem gemeinsamen Wirken der Notenbanken und dem entschlossenen Eingreifen der Regierungen gelungen sei, den verheerenden Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge des Einbruchs der Realwirtschaft zu verhindern, der während der ersten großen Weltwirtschaftskrise die damalige industrielle Welt heimsuchte. Aber das ist ein voreiliger Schluß, bei dem die Hoffnung der Vater des Gedankens ist.

Tatsache ist, daß die Notenbanken weltweit die Zinsen gesenkt und die Geldmenge in einem unvorstellbaren – bisher noch nie dagewesenen – Ausmaß erhöht haben. Doch von dieser Geldvermehrung hat die reale Wirtschaft nichts abbekommen. Sie ist im Räderwerk der „modernen Finanzindustrie“ hängen geblieben. Die Unternehmen der realen Güter- und Leistungsproduktion leiden trotz der unerhört hohen Geldversorgung der Geschäftsbanken durch die Notenbanken an einer **Kreditklemme, wie sie die Welt auch noch nie erlebt** hat. Die Finanzindustrie stellt nämlich die zusätzlichen Gelder nicht den Unternehmen, die sie dringendst bräuchten, zu Verfügung. Sie verwendet sie schon wieder für jene Spekulationsgeschäfte, die die Krise ausgelöst haben: Spekulation in Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Devisen, Gold, Silber, Derivaten und Zertifikaten. Man braucht sich nur die Entwicklung der Weltmarktpreise auf den entsprechenden Märkten anzusehen. Trotz weltweiten Nachfragerückgangs infolge sinkender Produktionszahlen sind die Preise auf diesen Märkten geradezu explosionsartig angestiegen. Denn auf diesen Märkten lassen sich in kürzester Zeit Renditen in hohen zweistelligen, ja mitunter dreistelligen Werten erzielen, wohingegen die Kreditvergabe an Industrie, Handel und Handwerk weit unter der Marge von 10 Prozent liegt und obendrein infolge der Krise sehr riskant ist. Mit dem herkömmlichen Kreditgeschäft können die Banken und Versicherungen ihre Spekulationsverluste aus der Finanzkrise nicht ausgleichen.

Somit wird klar, die Geldpolitik zur Beendigung der Finanz- und Wirtschaftskrise hat es bisher nicht geschafft, die daniederliegende Wirtschaft anzukurbeln. Das Räderwerk zur Ankurbelung der Wirtschaft dreht leer durch. Die gefürchteten politischen Folgen der Krise, deren Ausbleiben die Herolde bereits verkündet haben, stehen noch an. Das müssen die Jubilierenden auch kleinlaut eingestehen: Die Arbeitslosigkeit wird ansteigen, weil die Kurzarbeit nicht mehr länger aufrecht erhalten werden kann, weitere Abschreibungen aus den alten Wertpapiergeschäften drohen bei den Banken und die Unternehmen der Güter- und Leistungsproduktion benötigen Kredite zur Aufrechterhaltung der Produktion, die sie von den Banken nicht bekommen!

Auch die staatliche Fiskalpolitik, die durch Erhöhung der Staatsausgaben die Wirtschaft ankurbeln soll, hat nichts gebracht. Das gilt für alle westlichen Industriestaaten, in besonderem Maß gilt es aber für Deutschland. Die Konjunkturpakete I – III enthielten im Prinzip nur vorgezogene Reparaturarbeiten an Öffentlichen Gebäuden, die von den zuständigen Behörden aber noch gar nicht geplant waren und deshalb auch erst mit monatelanger Verspätung in Auftrag gegeben werden konnten. Damit kann man die Wirtschaft ebenso wenig in Fahrt bringen wie mit Konsumgeschenken nach Art der Abwrackprämie, bei der von den privaten Haushalten später eingeplante Ausgaben nur vorgezogen wurden. Die Gesamtausgaben in Höhe von 5 Mrd. Euro Steuergelder kamen ohnehin in erster Linie ausländischen Produzenten zu gute. Insgesamt muß der Staat rund

100 Mrd. Euro zusätzliche Schulden in diesem Jahr machen, die ähnlich wirkungslos verpuffen werden wie die Gelder der Notenbanken bei den Geschäftsbanken.

Warum ist das so? Wenn Staatsausgaben die Wirtschaft und Industrie ankurbeln sollen, müßten sie für Investitionen mit Zukunftswirkung ausgegeben werden. Ausgaben, die Einkommen erzeugen und dadurch weitere Ausgaben auslösen. Man spricht vom Multiplikator-Effekt. In Deutschland wären z.B. Investitionen in die Infrastruktur von Energieversorgung und Energieverteilung, Ausgaben in den dringend erforderlichen Ausbau der Verkehrswege, insbesondere den umweltfreundlichen Schienen- und Schiffsverkehr erforderlich. Auch auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung und Informationsübertragung hinkt Deutschland hinterher, weshalb die Wirtschaft an Konkurrenzfähigkeit verliert. Auf diesen Gebieten müßte die Produktion „angestoßen“ werden, um eine nachhaltig Wirkung zu erzielen. Damit würde auf Dauer mehr Einkommen geschaffen, mit dem die Schulden zurückgezahlt werden könnten.

Dafür hat die Politik keine Zukunftsplanungen in der Schublade, wo sie doch nicht einmal in der Lage ist, die zum Vollzug ihrer Konjunkturpakete geplanten Reparaturarbeiten zeitnah durchzuziehen. Man überläßt eben alles wie gehabt der „unsichtbaren Hand“ der Marktkräfte, an die man glaubt – ja glauben muß, weil man selbst dazu nicht fähig und in der Lage ist.

Die Erkenntnis ist klar: Zusätzliche Staatsverschuldungen, die nicht durch ein mehrfach höheres Wirtschaftswachstum ausgeglichen werden können, belasten das Volk durch höhere Steuern. Das aber scheint diese deutschen Politiker nicht zu belasten, sie werden durch andere, vordergründige Sorgen umgetrieben: Ihnen geht es in erster Linie darum, an die Macht zu kommen und wieder gewählt zu werden. Das erreicht man, wie allseits immer bewährt, mit Wahlgewinnen und Steuergewinnen an Großverdiener oder man hält die Bürger mit der bereits erwähnten Abwrackprämie bei guter Laune. Doch damit beweisen diese Parteien nur ihre Unfähigkeit und Hilflosigkeit, die Probleme an ihrer Wurzel zu packen und zu lösen. In Zeiten der materiellen Prosperität mögen Geschenkgorgien ihre Wirkung gehabt haben, jetzt aber, da jedermann weiß und spürt, daß solche einseitigen Bevorzugungen zu Lasten der Allgemeinheit gehen, sind sie kontraproduktiv. Das werden die Parteien in Deutschland noch mehr zu spüren bekommen als es in den letzten Wahlen ohnehin schon der Fall war.

Die Politikverdrossenheit wird zunehmen

Den Volksparteien läuft das Volk davon. Doch die Wähler haben ja in Deutschland keine Alternativen. Welchen Erfolg eine neue Partei haben könnte, zeigte im vergangenen Bundestagswahlkampf die Piratenpartei. Überzeugende Konzepte zur Lösung der Probleme in der Wirtschafts-, Innen- oder Außenpolitik brauchte sie gar nicht. Ihr genügte es im Wesentlichen, die zunehmende Überwachung der modernen Medien durch den Staat zu kritisieren. So konnte sie aus dem Stand 2 Prozent der Stimmen erreichen und damit mehr als alle anderen Parteien, die an der 5% Hürde scheiterten. Diese Tatsache hätte die eingesessenen Parteien eigentlich zum Nachdenken bringen müssen. Aber das haben sie nicht nötig in ihrem geschlossenen Zirkel, der von außen nicht durchbrochen werden kann. Und so werden sie ihre Pfründe auf unabsehbare Zeit weiter unter sich aufteilen, denn bisher sind – mit einer einzigen Ausnahme – alle neuen Parteigründungen nach kürzester Zeit im Orkus der Vergessenheit verschwunden.

Und so können diese Parteien herrschen, obwohl sie nur über ein äußerst mittelmäßiges Personal verfügen. Da haben wir nun eine Kanzlerin – schon in der zweiten Legislaturperiode – die dem Volk erzählen kann, daß unser bester Exportartikel die Soziale Marktwirtschaft sei, obwohl diese bereits vor über 20 Jahren vom

Globalkapitalismus überrollt und platt gewalzt wurde. Das wissen die Deutschen sehr genau, denn seitdem ist der Bodensatz an Arbeitslosigkeit und die Quote der Sozialempfänger stetig angestiegen. Doch sie schlucken die Kröte, so lange es dem Durchschnittsbürger noch halbwegs gut geht. Sie nehmen auch die anderen Entwicklungen mit Unbehagen und steigender Wut wahr: Die ansteigenden Kosten durch Immigration und EU, die vorwiegend die deutschen Steuerzahler aufbringen müssen, den zunehmenden Souveränitätsverlust durch die EU-Bevormundung, die Raubzüge und Bereicherungen des internationalen Kapitals und die Arbeitsplatzvernichtungen in unserer Volkswirtschaft, den Niedergang des Gesundheitswesens, die geistige Verrohung und Verarmung unserer Jugend, denen diese Zeit kaum noch Werte und Vorbilder liefern kann.

Auf der anderen Seite sehen sie sehr wohl, daß es einigen wenigen sehr gut und immer besser geht, die diesen Aufstieg nicht ihrer Leistung verdanken, sondern der Spekulation, persönlichen oder politischen Beziehungsgeflechten. Die Menschen wundern sich immer mehr über so manche Karriere in Politik und Wirtschaft, bei denen offensichtlich nicht die Leistung, sondern der Öffentlichkeit verheimlichte Gründe die Ursache waren.

Da wird schon einmal ein gelernter Müller Wirtschaftsminister. Als dieser dann selbst einsah, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen war, wurde er von einem Juristen abgelöst, der juristisch so geschickt argumentierte, daß das Management von GM die Möglichkeit erhielt, den bereits ausgehandelten Opel-Verkauf wieder rückgängig zu machen. Und nichts war es mit der von den Arbeitnehmern, dem Volk erhofften und von der Regierung – nach eigenem Bekunden – gewollten Selbständigkeit von Opel. Danach wurde aus dem Wirtschaftsminister ein Verteidigungsminister und der bisherige Innenminister, ebenfalls ein Jurist, avancierte zum Finanzminister. Das Volk, der eigentliche Souverän in einer Demokratie, kann da nur staunen, wie vielseitig die Eignungen der von den Parteien gestellten Minister sind. Ein Monarch, in einer Monarchie ebenfalls Souverän, hätte da wohl bei der Auswahl seiner Minister in erster Linie fachliche Kriterien angelegt. Das ist in dieser Demokratie in Deutschland heute offensichtlich nur in Ausnahmen der Fall.

Die Menschen registrieren auch, daß sie, das Volk, in den entscheidenden Fragen nicht gefragt werden. Das gilt für den Afghanistan - Einsatz der Bundeswehr ebenso wie für die Frage der Zuwanderung so vieler fremder Menschen aus fremden Kulturen, die gar nicht daran denken, sich anzupassen, zu integrieren. In beiden Fällen sind jeweils rund zwei Drittel der Deutschen dagegen. Auch in der Frage der Integration in die EU und der weiter fortschreitenden Aufgabe der Souveränität wurden und werden die Deutschen nicht gefragt. Bezahlen aber müssen sie alles, was für sie von ihren Regierungen entschieden und für gut geheißen wird. Wer dies alles bewußt wahr nimmt, wird diese Art von Herrschaft – auch wenn sie sich als Demokratie versteht – nicht gut heißen.

Es wird deshalb niemanden wundern, daß das Vertrauen der Deutschen in ihre Parteien und Politiker ständig weiter sinkt. In dieser Situation wird die Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Jahre 2010 erst so richtig zur Entfaltung kommen wird, ihre Wirkung zeigen. Das Volk darf arbeiten – sofern der grenzenlos gewordene internationale Kapitalismus ihm die Arbeitsplätze nicht wegstiehlt – und die von den Parteien mit ihrem unfähigen Personal gestellten Regierungen entscheiden über Höhe und Verteilung von Steuern und Sozialabgaben. Die Politik, diesmal weniger die deutsche als die der internationalen kapitalistischen Führungsmächte, ist auch verantwortlich, daß es zu dieser Wirtschafts- und Finanzkrise kommen konnte. Sie ist jetzt wieder verantwortlich, daß dieser Krise kein Ende gesetzt wird.

Deutschland wird der Souveränität einen Schritt näher kommen

Deutschland ist auch 65 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht wirklich souverän, entgegen allen Beteuerungen der demokratisch gewählten Marionetten und ihrer pseudowissenschaftlichen Zuarbeiter. Deutsche Politiker haben das Wohl unseres Volkes auf Gedeih und Verderb an die Hegemonial- und Imperialmacht USA gebunden. Auf deren Macht basiert die der deutschen Regierung, so wie jene der DDR ihre Macht der Sowjetregierung verdankte. Die USA haben sich mit ihren weltweiten Missionen zur Befreiung und Beglückung aller Völker und Kulturen dieser Welt mit den sogenannten Westlichen Werten überhoben. Alleine schaffen sie das nicht, sie benötigen dazu, wie einst Napoleon, ihre Vasallen. Sie werden genau so scheitern wie er. Die Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise ist ein entscheidender Schritt zur Wachablösung der USA als alleinige Imperialmacht auf dieser Erde.

Bei der Etablierung der neuen Machtverteilung wird sich auch der materielle Wohlstand zwischen den Völkern verschieben. Der Prozeß hat begonnen, er wird natürlich nicht in einem Jahr vollzogen, aber das Jahr 2010 wird einen weiteren Schritt in dieser Richtung bringen. Im Zuge der Neuverteilung der Macht auf dieser Erde wäre es geradezu absonderlich dumm, sich weiterhin an einen Staat zu binden, der seine Zukunft hinter sich hat. Deutschland wird – auch gegen den Willen seiner Vasallen-Regierung – ein Stück freier werden. Genau so erging es der DDR. Mit dem Untergang des Sowjetimperiums verschwand auch dieses Lakaiensystem von der Landkarte.

Am Ende des absehbaren historischen Prozesses wird alles anders geworden sein, als es heute – wie in Zement gegossen – erscheinen mag. Man bedenke nur die Weltkarte der politischen Machtverteilung im Jahr 1910! Niemand hätte sich damals vorstellen können, welche brachialen Ereignisse und Machtverschiebungen die Welt in kürzester Zeit so verändern würden, wie sie heute ist.

Mit dem Machtverlust der USA werden sich auch die Fesseln für das Deutsche Volk lockern, mit denen es immer noch gebunden ist. Dann erst wird das Deutsche Volk in wirklich freier Selbstbestimmung seine Souveränität wieder erlangen.

Das Jahr 2010 wird uns diesem Ziel einen Schritt näher bringen. Glück auf!

www.hpatzak.de 05.01.2010